

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), Dr. Dorothee Wilms, Dr. Roswitha Wisniewski, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gerhard Schüßler, Ulrich Irmer, Dr. Jürgen Starnick, Dirk Hansen und der Fraktion der F.D.P.

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dorothee Wilms, Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), Karl Lamers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Gerhard Schüßler, Dieter-Julius Cronenberg (Arnsberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

— Drucksachen 12/5064, 12/6504 —

Das Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bedeutung und Gewicht der Auswärtigen Kulturpolitik als integraler Bestandteil der deutschen Außenpolitik haben in den vergangenen Jahren sichtbar zugenommen. Die Auswärtige Kulturpolitik hat seit den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland Wesentliches zur internationalen Akzeptanz unseres Landes als freiheitlich demokratischer Rechtsstaat beigetragen, der sich den Menschenrechten, dem Frieden und der solidarischen Zusammenarbeit verpflichtet fühlt. Die Wiedervereinigung hat die Stellung Deutschlands in Europa und der Welt verändert. Seit dem Fall der Mauer ist das Interesse an Deutschland, an seiner Sprache und Kultur, seinem Bildungswesen und seiner Wissenschaft weltweit gewachsen. Gleichzeitig wird das vereinte Deutschland im Ausland mit kritischer Aufmerksamkeit bei der Wahrnehmung seiner neuen Rolle in der Welt und der Behandlung seiner innerstaatlichen Probleme beobachtet. Äußerungen ausländerfeindlicher Gewalt und eines übersteigerten Nationalismus haben dem Deutschlandbild im Ausland Schaden zugefügt. Auf diese Entwicklungen muß die Auswärtige Kulturpolitik reagieren.

Die Wahrnehmung neuer Chancen der Zusammenarbeit mit den Ländern Mittelost- und Osteuropas nach dem Zusammen-

bruch des Kommunismus und dem Entstehen souveräner Staaten im Osten Europas hat die Auswärtige Kulturpolitik vor neue Aufgaben gestellt.

Arbeitslosigkeit und Rezession werden heute nicht mehr ausschließlich als konjunkturelle Phänomene, sondern auch als strukturelle Defizite des Wirtschaftsstandortes Deutschland verstanden. Die Auswärtige Kulturpolitik muß deshalb im Rahmen ihrer Möglichkeiten und mit dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium einen angemessenen Beitrag zur Standortsicherung leisten. Dies gilt insbesondere für eine verstärkte Zusammenarbeit und Präsenz in den wirtschaftlich-technologisch aufstrebenden Wachstumsregionen.

Die neuen Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik und die an sie gestellten Anforderungen müssen, nach anfänglichen Mittelzuwächsen, in Anpassung an die notwendigen Beschränkungen des Bundeshaushaltes bewältigt werden.

Die Kultur in Deutschland, ihr Bestand und ihre Fortentwicklung ist auch eine Frage des Standortes Deutschland. Das gilt in besonderer Weise für die Vermittlung deutscher Kultur im Ausland. Sie ist Grundvoraussetzung und zugleich Instrumentarium für wirtschaftlichen Erfolg.

Vor diesem Hintergrund wird der konstruktive und zielorientierte Einsatz des vielfältigen Instrumentariums der Auswärtigen Kulturpolitik durch die Bundesregierung anerkannt und ausdrücklich gewürdigt. Hervorzuheben sind insbesondere:

- Die neuen Länder, ihre Personen und Institutionen sind in Programme und Austauschmaßnahmen der Auswärtigen Kulturpolitik ohne Verzug einbezogen worden.
- Durch Errichtung und Ausstattung neuer Kulturinstitute, intensiviertere Stipendienprogramme, eine allgemein verbesserte kulturelle Präsenz, Programme zur Aus- und Fortbildung, Initiativen im Schul- und Hochschulbereich sowie in der Spracharbeit und in der Minderheitenförderung sind die Chancen für eine neue Zusammenarbeit mit den Ländern in Mittelost- und Osteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion genutzt worden.
- In dieser Region hat die Auswärtige Kulturpolitik durch das „Sonderprogramm zur Förderung der Deutschen Sprache“ auf die große Nachfrage nach deutscher Sprachausbildung schnell und wirksam reagiert.
- Der neue regionale Schwerpunkt der auswärtigen Kulturarbeit im Osten Europas ist trotz rückläufiger Haushaltsmittel erfolgreich und nicht auf Kosten anderer Regionen wahrgenommen worden. In den wirtschaftlichen Wachstumsregionen Asiens konnten im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik wichtige Akzente gesetzt werden.

- Die haushaltsbedingten Einbußen beim weltweiten wissenschaftlichen Personenaustausch waren schmerzlich; sie haben aber die Substanz dieses prioritären Instruments der Auswärtigen Kulturpolitik und seine vitalen Strukturen nicht beschädigt.
- Durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung im Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes konnte die für den Betrieb der bestehenden Auslandsschulen erforderliche Zahl von Stellen für vermittelte Lehrer gesichert werden. Zahlreiche Programmlehrer werden insbesondere im Osten Europas mit Erfolg eingesetzt.
- Die deutschen Kulturinstitute im Ausland konnten – mit wenigen Ausnahmen – weiterarbeiten. Neue Institute werden ungeachtet der schwierigen Finanzlage eröffnet (Riga, Kiew, Minsk, St. Petersburg) und seit 1992 erweitert.
- Das Mittlersystem hat sich – auch vor dem Hintergrund der neuen Aufgaben der deutschen Außen- und Außenkulturpolitik – bewährt. Es bietet nach wie vor die beste Gewähr für Pluralismus in der Präsentation deutscher Kultur im Ausland. Die Mittlerorganisationen haben insbesondere flexibel auf die neuen Aufgaben reagiert, die der Auswärtigen Kulturpolitik durch die deutsche Vereinigung und die Öffnung in Osteuropa zusätzlich entstanden sind.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

- Die Auffassung der Bundesregierung, daß die Auswärtige Kulturpolitik als integraler Bestandteil der deutschen Außenpolitik die Grundlage für eine von Vertrauen geprägte internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen im kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bereich bildet.
- Die Feststellung der Bundesregierung, daß die Auswärtige Kulturpolitik die gewachsenen kulturellen Bindungen erhalten und fortentwickeln muß und daß hierbei Kontinuität bei Planungen und Durchführung die Geschäftsgrundlage für einen dauerhaften und tragfähigen Erfolg der Auswärtigen Kulturpolitik sowie die Garantie für die Erhaltung des bei unseren Partnern im Ausland erworbenen Vertrauens ist.
- Die Versicherung der Bundesregierung, auch in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß die Auswärtige Kulturpolitik die finanzielle Ausstattung erhält, die sie braucht, um ihre alten und neuen Aufgaben zu erfüllen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- Auch in Zukunft die Auswärtige Kulturpolitik, orientiert an ihren Aufgaben und Zielen, angemessen mit Haushaltsmitteln auszustatten, damit ihre Strukturen nicht beschädigt, weitere Einschnitte in Programm- und Austauschaktivitäten vermieden und auch in Zukunft außenpolitisch notwendige regionale Schwerpunktsetzungen kulturpolitisch nachvollzogen und unterstützt werden können.

- Die Instrumente der Auswärtigen Kulturpolitik auch weiterhin als Faktor der Standortsicherung für die Bundesrepublik Deutschland gezielt einzusetzen.
- Dafür Sorge zu tragen, daß die Strukturen deutscher kultureller Präsenz im Ausland in den Schlüsselbereichen Kulturinstitute, Auslandsschulwesen und Wissenschaftsaustausch auch in einer Zeit haushaltsmäßiger Einschränkungen entsprechend der außenpolitischen Prioritätensetzung ausgebaut werden können.
- Alle Anstrengungen zu unternehmen, um der sprunghaft gestiegenen Nachfrage nach deutscher Sprachausbildung als Schlüssel zur kulturellen und geistigen Identität der Kulturnation Deutschland zu entsprechen.
- Dafür Sorge zu tragen, daß auch weiterhin auf die vielfältigen Erwartungen flexibel und pragmatisch eingegangen wird, die aus Mittelost- und Osteuropa und aus den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion im Kulturbereich an Deutschland herangetragen werden, um damit insbesondere auch den Reformprozeß in diesen Ländern zu unterstützen.
- Die deutschen Minderheiten in Mittelost- und Osteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion im Einvernehmen mit den Regierungen der Partnerländer bei der Wiedererlangung und Erhaltung ihrer kulturellen Identität zu unterstützen.
- Sicherzustellen, daß die traditionelle Zusammenarbeit mit den Partnern in anderen Regionen erhalten und fortentwickelt wird, damit das vereinte Deutschland ein verlässlicher Partner in Europa und gegenüber seinen Verbündeten und Freunden in der Welt bleibt.
- Die erheblichen Einschränkungen im Bereich der Präsentation besonders erfolgreicher deutscher Kulturleistungen auszugleichen und eine ihrer Bedeutung angemessene Präsenz von Musik und Schönen Künsten im Ausland zu gewährleisten.
- Einem zeitgemäßen Instrumentarium der Auswärtigen Kulturpolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen und dabei insbesondere die Möglichkeiten der elektronischen Medien in vollem Umfang für die Auswärtige Kulturpolitik nutzbar zu machen.
- Die in Zeiten knapper Haushaltsmittel notwendigen Straffungen und Strukturanpassungen im Instrumentarium der Auswärtigen Kulturpolitik konsequent durchzusetzen.
- Den erkennbaren Trend zunehmender Zersplitterung der für die Auswärtige Kulturpolitik insgesamt eingesetzten Mittel unter den Ressorts mittelfristig zugunsten der im Auswärtigen Amt ressortierenden Kernzuständigkeiten umzukehren und hierdurch zu organisatorischer Straffung und effektivem Mitteleinsatz beizutragen.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, jährlich einen Sachstandsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik vorzulegen.

Bonn, den 15. Juni 1994

Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg)	Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Dr. Dorothee Wilms	Peter Kittelmann
Dr. Roswitha Wisniewski	Hartmut Koschyk
Dr. Karl-Heinz Hornhues	Wolfgang Krause (Dessau)
Reinhard Freiherr von Schorlemer	Franz Heinrich Krey
Dr. Wolfgang Schäuble	Heinz-Jürgen Kronberg
Michael Glos	Christian Lenzer
Dr. Walter Franz Altherr	Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Anneliese Augustin	Ursula Männle
Dietrich Austermann	Theo Magin
Hans-Dirk Bierling	Dr. Dietrich Mahlo
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)	Erwin Marschewski
Klaus Brähmig	Alfons Müller (Wesseling)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)	Johannes Nitsch
Wolfgang Dehnel	Dr. Gerhard Päselt
Wolfgang Engelmann	Dr. Peter Paziorek
Wolfgang Erler (Waldbrunn)	Rolf Rau
Ilse Falk	Erika Reinhardt
Dr. Kurt Falthäuser	Kurt J. Rossmann
Dr. Karl H. Fell	Heinz Rother
Erich G. Fritz	Helmut Sauer (Salzgitter)
Hans-Joachim Fuchtel	Heinz Schemken
Dr. Sissy Geiger (Darmstadt)	Christian Schmidt (Fürth)
Peter Götz	Dr. Andreas Schockenhoff
Claus Peter Grotz	Wilfried Seibel
Klaus Harries	Karl-Heinz Spilker
Manfred Heise	Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Dr. Renate Hellwig	Herbert Werner (Ulm)
Dr. Norbert Herr	Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Ernst Hinsken	
Josef Hollerith	Gerhard Schüßler
Georg Janovsky	Ulrich Irmer
Dr.-Ing. Rainer Jork	Dr. Jürgen Starnick
Dr. Egon Jüttner	Dirk Hansen
Steffen Kampeter	Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

